

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nach 5 Uhr für den gew. Tag, Sonntags: Bei Abholung in den Vertriebsstellen und den Ausgabeplätzen 2 Mk. im Voraus, bei Lieferung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abgabe.



Einzelheftpreis: Die Hauptpreise 20 Hefenpreis, die 4 grünen Hefen der amtlichen Bekanntmachungen 10 Hefenpreis, die 3 grünen Hefen der amtlichen Bekanntmachungen 10 Hefenpreis. Die 2 grünen Hefen der amtlichen Bekanntmachungen 10 Hefenpreis. Die 1 grüne Hefe der amtlichen Bekanntmachungen 10 Hefenpreis.

Nr. 170. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, 23. Juli 1926

Das Pariser Intermezzo.

Das Pariser Regierungsintermezzo war kurz. Der Ministerpräsident von gestern wurde heute gestürzt. Herriot ist aber mehr als gestürzt, mehr noch: sein politischer Ruf hat einen schweren Schlag erlitten. Mehr noch: er hat seinen eigenen Sieg vom 11. Mai 1924, dem Wahltag, der die poincaristische Mehrheit der Deputiertenkammer besiegte, dort die Linke als die Stärkere einzulassen ließ, durch seinen „erfolgreichen“ Angriff auf Briand-Gaillard zurück zu demütigen. Denn Poincaré ist es, der jetzt mit der Kabinettsbildung betraut wurde und wohl Glück damit haben wird. Der Widerstand, den Herriot „zum Schutz der Demokratie“ gegen das Ermächtigungsgesetz leisten zu müssen glaubte, ist hinweggefegt worden durch den Sturm auf die Banken, durch die Belagerung, den Brand als Zahlungsmittel anzunehmen, durch die Mitteilung des Finanzministers, daß „sein Centre mehr in den Staatskassen sei“. Nicht etwa bloß auf die bisherige Rechtsopposition kann Poincaré zählen, er wird auch die rechten Flügelparteien des bisherigen Einheitsfronts für sich haben und wohl auch zahlreiche Deputierte, die noch weiter links stehen. Und er wird sicherlich, wenn er es für nötig hält, von der Kammer sein Ermächtigungsgesetz bewilligt erhalten; ist doch auf die bloße Gewissheit hin, daß Herriot für den würde, der Franz schon gestiegen.

Wilde Szenen in der Kammer, wo der „todgeweihte“ Ministerpräsident eine kurze nichtsfagende Erklärung verliest, dann sein ebenso kurzlebiger Finanzminister eine Darstellung der finanziellen Misere gibt. Der Staat Frankreich wäre bankrott, wenn man nicht schnell noch den Rest der Morgan-Kaufleute von 100 Millionen Dollar, von denen aber kaum noch 35 Millionen übrig sind, hineingeworfen hätte als Dammbremse den rasenden Strom aller jener, die die kurzfristigen Schatzscheine, die Nationalanleihen usw. einzuzwischen verlangen, ein Ansturm, der bei der Stunde von Briand's Sturz einsetzte. Und Briand läßt es sich nicht nehmen, bei dem Wort des Finanzministers über die Beere der französischen Staatskassen mit größter Schärfe darauf hinzuweisen, daß Herriots Vorgehen daran schuld sei. Das war der Todesstreich und die „Finanzkündigung“ ließ dann nicht mehr lange auf sich warten. Wilde Szenen vor der Kammer, wo Tausende unter lauten Verwünschungen gegen Herriot demonstrieren und sich mit der Polizei herumprügeln. Gegendemonstrationen setzen ein, kurz ein wildes Durcheinander, in dem alles nach dem „fierten Mann“ schreit. Das soll nun Poincaré sein, der Gestürzte von vorgestern, gerade der Mann, dessen Politik mit der Parole „la boche payera tout“, der Deutsche wird alles bezahlen, Frankreich eigentlich in die Misere hineingeritten hat.

Doch wir Deutsche dieser neuesten Entwicklung der französischen Krise, diesem Wiederaufstehen Poincarés, des Aufstiegs und des Abfalls, zur Nacht mit mehr als gemischten Gefühlen gegenüberstehen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Ob er, der außenpolitisch lediglich mit der primitiven Methode der Gewalt arbeitete, nun auch innenpolitisch wirklich der ersehnte „starke Mann“ ist, wird sich erst noch erweisen müssen, denn hier hilft die brutale Machtmethode nicht im geringsten. Wir Deutsche haben ja auch ein ganz wesentliches Interesse daran, daß endlich die schwere Störung der wirtschaftlichen Beziehungen Frankreichs infolge der Frankflation beseitigt wird, haben nichts dagegen, wenn dies auch durch Poincaré geschieht. Ob sein Wiederaufstehen nun auch außenpolitische Folgen haben wird — auch das wird erst die Zukunft weisen. Eine nahe Zukunft; denn in anderthalb Monaten beginnt die Völkerversammlung in Genf, wird die Frage des deutschen Eintritts aufgeworfen sein.

Sparanwandlungen.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.
Die deutsche Öffentlichkeit pflegt sich für das Sparproblem in unregelmäßigen Zwischenräumen zu interessieren. Das letzte Mal war es Ende des vergangenen Jahres, als fast alle großen Verbände der Wirtschaft in Reden, Denkschriften oder Gutachten versicherten, ohne ein energisches Zusammenstreichen des Haushaltes von Reich, Ländern und Gemeinden lasse sich für die deutsche Wirtschaft kein solider Boden der Rentabilität erreichen. Einige Monate später kam der neuernannte Reichsfinanzminister Dr. Reithold mit seinem Steuerabbau-Programm heraus, und alsbald war es mit der Sparanwandlung zu Ende. Der Reichstag ging auf Sommerurlaub, ohne sich weiter mit den Ideen zu beschäftigen, die noch vor dreiviertel Jahren als besonders wichtig bezeichnet worden waren. — Wenn nicht alles täuscht, werden wir nach dem Wiederzusammentritt der Parlamente im Spätherbst dieses Jahres neue Sparanwandlungen feststellen können. Der unmittelbare Anlaß hierfür wird die Erkenntnis sein, daß wir den Mindereintrag der ermäßigten Steuern sowie den Mehrbedarf für Erwerbslosenfürsorge und erhöhte Reparationsleistungen nur durch Vermehrung der regulären Einnahmen und Verminderung der Ausgaben wettmachen können. Diejenigen Be-

Chamberlains „Nein“ zur deutschen Abrüstung.

London und die Erklärung Chamberlains.

London, 22. Juli. Die gestrige Erklärung Chamberlains über den ungenügenden Stand der deutschen Abrüstung hat in diplomatischen Kreisen Londons großes Aufsehen hervorgerufen. Allgemein wird bedauert, daß durch diese Äußerung die Abrüstungsfrage so kurze Zeit vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wieder in den Vordergrund der politischen Interessen gerückt ist. Man verspricht sich aus der Art, wie das ganze Abrüstungsproblem bisher behandelt worden ist, nur wenig gutes. Die Erklärung, daß es sich um keine besondere Note, sondern lediglich um die Fortsetzung des laufenden Briefwechsels zwischen der Interalliierten Militärkommission und der Reichsregierung handelt, wird als bloße Wortklauberei bezeichnet, da es gleich ist, ob die Forderung des Generals Walsh in einer Note oder in einem Briefe zum Ausdruck gebracht wurde.
Nach der Erklärung Chamberlains ist man in London aus der bisherigen Zurückhaltung in der Abrüstungsfrage herausgetreten und hat an amtlicher Stelle über die deutsche Entwaffnung nähere Mitteilungen über die amtliche englische Auffassung gemacht. Auf die Anfrage wurde dem Vertreter der Telegraphen-Union am maßgebender Stelle mitgeteilt, daß die Antwort Chamberlains im Unterhause nicht so gemeint sei, wie sie vielleicht gellungen habe. Die Form der Antwort erkläre sich aus der überlassenen gestrigen Tagesordnung. Es sei richtig, so wird an amtlicher englischer Stelle versichert, daß Deutschland noch eine Reihe von, wenn auch nicht wesentlichen Entwaffnungsforderungen zu erfüllen habe. Es handelt sich in der Hauptsache um folgende vier Punkte:

1. Bestimmung des Begriffs Kriegsmaterial.
2. Die Stellung des Generals von Seekt.
3. Die Stärke der Reichswehr.
4. Die einheimische Reservearmee.

Zu Punkt 1 wurde am maßgebender Stelle noch folgendes mitgeteilt: Nach dem Versailler Vertrag ist die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial für Deutschland verboten, woraus sich die Frage ergebe, was als Kriegsmaterial zu bezeichnen sei. Ueber den Begriff Kriegsmaterial bestünden noch immer Unstimmigkeiten zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und der Berliner Regierung. Es sind wie im vergangenen Jahre so auch jetzt dieselben Fragen aufgetaucht, die bei der Lieferung von Dampfseilen für argentinische Torpedoboots durch Deutschland bereits eingehend erörtert werden.

Zu Punkt 2 wird bemerkt, daß an amtlicher Londoner Stelle hierüber bis heute keine bestimmten Nachrichten vorliegen.

Was Punkt 3 anbelangt, so werden von amtlicher englischer Seite gewisse Forderungen hinsichtlich der Stärke der Reichswehr erhoben.

Ueber die angebliche deutsche Reservearmee (Punkt 4) ist man in amtlichen englischen Kreisen der Ansicht, daß es sich bei den sogenannten vaterländischen Verbänden um eine Art von Reservearmee handle, die ihrem Kampfwert nach der englischen Territorialarmee gleichzustellen sei.
Auf die Frage unseres Vertreters, ob die erneute Aufrollung der Abrüstungsfrage keinen schädlichen Einfluß auf die dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund noch vorausgehenden Verhandlungen ausüben werde, wurde erklärt, daß es einem Teile der deutschen Presse zuzuschreiben sei, daß die ganze Angelegenheit ausgegoren worden sei. Ohne diese Veröffentlichungen wäre das ganze Problem stillschweigend und ohne unnötige Belastung der deutschen Öffentlichkeit gelöst worden.

Beret, französischer Kammerpräsident.

Eigener Fernspr.-Abdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Paris, 22. Juli. Bei der Kammerpräsidentenwahl verteilten sich die vier Kandidaten bei der ersten Abstimmung auf Beret 197, auf Bousson 133 und auf Doussou 113 Stimmen. 40 Stimmen waren zerplittert. Bei der endgültigen Abstimmung er-

hielt Beret 227 Stimmen und Bousson 215 Stimmen. Damit ist Beret zum Kammerpräsidenten gewählt.

Die Berufung Poincarés.

Der Präsident der Republik, Doumergue, hat nach Besprechungen mit dem Kammer- und dem Senatpräsidenten Poincaré mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Diesen Besprechungen glich der Empfang einer Delegation der Nationalen Vereinigung der Invaliden und Frontkämpfer voraus, die dem Präsidenten der Republik ihren entschiedenen Willen zum Ausdruck brachten, unverzüglich und unter Umgehung jeder politischen Frage ein Ministerium der nationalen Wiederaufrichtung zu bilden, das geeignet wäre, allen Klassen des Volkes das Vertrauen wiederzugeben.

Poincaré hat sofort nach der Betrauung Verhandlungen mit verschiedenen führenden Politikern aufgenommen. Er soll beabsichtigen, sein Kabinett möglichst aus sechs Ministern zu bilden, falls ihn nicht Parteirücksichten zwingen, die Zahl seiner Mitarbeiter zu erhöhen. U. a. hat Poincaré mit Barthou und Briand verhandelt und es heißt, daß Briand wieder mit der Führung des Außenministeriums betraut werden soll, während Poincaré neben dem Posten des Ministerpräsidenten auch die Leitung des Finanzministeriums übernehmen will.

Die Kabinettsbildung vor dem Abschluß.

Paris, 22. Juli. Nachdem Poincaré heute abend dem Präsidenten der Republik über den Stand seiner Beratungen Bericht erstattet hatte, erklärte er den Vertretern der Presse, er habe seine Beratungen beendet. Morgen werde er seine Vorschläge für die Zusammenziehung des Kabinetts machen. Seine Entscheidung werde er morgen vormittag treffen. Poincaré hat im Laufe des Tages Barthou, Briand und Albert Sarraut empfangen.

Nur noch 8 bis 9 Minister.

Paris, 22. Juli. Die Bildung des Kabinetts Poincaré schreitet rasch vorwärts und dürfte noch heute abgeschlossen werden. Poincaré beabsichtigt, ein Kabinett nur aus acht oder neun Mitgliedern zu bilden und die Posten der Staatssekretäre abzuschaffen. Dieses Kabinett würde sich aus vier oder fünf Abgeordneten zusammensetzen. Die Zusammenziehung des Kabinetts wird nach Mitteilungen von parlamentarischer Seite voraussichtlich folgende sein: Ministerpräsident und Finanzminister: Poincaré, Kriegsminister: Painlevé. Die Bezeichnung des Kriegsministeriums soll durch den Namen: Ministerium der nationalen Verteidigung ersetzt werden. Das Ministerium der Landwirtschaft und der öffentlichen Arbeiten soll zu einem Ministerium der nationalen Wirtschaft zusammengefaßt werden. Es ist dem Abgeordneten Louis Marin angeboten worden, der jedoch noch nicht endgültig zugestimmt hat. Das Ministerium des Innern hat der Abgeordnete Schramel bereits angenommen. Für das Ministerium des Auswärtigen werden Barthou und Briand genannt. Das Justizministerium soll Albert Sarraut übernehmen, gleichzeitig mit der Leitung der eisenbahnrätigen Angelegenheiten. Sarraut soll ferner Vizepräsident des Kabinetts werden. Als Schatzminister sowie Minister des öffentlichen Unterrichtes werden der Abgeordnete Bolanowski und der Senator Georges Leggues genannt. Die Bildung des Kabinetts verläuft jedoch nicht ohne Widerstand. Die Sozialisten stehen dem Kabinett völlig ablehnend gegenüber, aber auch bei den Radikalfreiwählern und einem Teil des Zentrums ist man von Poincaré keineswegs begeistert, weil er nach seiner politischen Vergangenheit nicht geeignet sei, an die Spitze eines nationalen Ministeriums zu treten. Man würde es für richtiger gehalten haben, wenn er sich mit einem Ministerposten begnügt hätte.

stehe sich auch mit einer auf Neben herabgeminderten Zahl von Ministerposten im Reich eine tragfähige Regierung bilden. Es scheint also, als könnte ein großes Sparprogramm im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden erst dann durchgeführt werden, wenn vorher das Wahlgesetz gründlich abgeändert wird. Weiter muß der Leiter der Sparaktion viel größere Rechte als bisher erhalten. Es genügt nicht, daß er den einzelnen Ministerien Sparvorschläge macht und dann wartet, ob die Leiter dieser Ministerien ihm zustimmen. Eine Verkürzung des Personalbestandes bringt immer eine Verminderung der Arbeitsteilnahme in dem betreffenden Ressort mit sich. Da aber nach der sichtbaren Menge der Arbeit, nicht aber nach der Qualität und nach der nächsten weiten Fortentwicklung gemessen wird, sind nur die meisten Minister und anderen Behördenleiter bereit, sich einem Abbau gefallen zu lassen. Es wäre sehr zu überlegen, ob man nicht den leitenden Beamten und den Parlamentariern die auf dem Gebiete des Sparprogramms sehr verstanden haben, den Entschluß abnimmt und durch einen Volkentscheid erst einmal das Scheitern jeder Sparaktion — das geltende Wahlgesetz — befeitigt.